



Bericht aus dem Thüringer Landtag - Ausgabe Januar 2019

Stand der Revitalisierungsstudie zum Ilmenauer Porzellanwerk im Thüringer Landtag hinterfragt

Den aktuellen Stand der von Ilmenau und der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen in Auftrag gegebenen Studie zur Revitalisierung des alten Porzellanwerksgeländes in Ilmenau, machte Landtagsabgeordneter Andreas Bühl (CDU) zum Thema der letzten Landtagssitzung. „Das Gelände des alten Porzellanwerks verfällt immer weiter. Dabei ist diese Fläche die letzte große Ansiedlungsmöglichkeit für Industrie und Gewerbe in der Kernstadt von Ilmenau. Der Anblick bei der Einfahrt nach Ilmenau ist der Stadt außerdem nicht würdig. Deshalb sollte man schnell Klarheit über die weiteren Pläne einer Revitalisierung bekommen.“, führte Bühl in das Thema ein.

Für das Wirtschaftsministerium antwortete Staatssekretär Markus Hoppe. Die Studie sei eigentlich für Ende 2018 geplant gewesen. Aufgrund der Komplexität und des höheren Aufwandes zur Bewertung möglicher zukünftiger Nutzungen verschiebe sich deren Fertigstellung allerdings auf das zweite Quartal 2019. Der Staatssekretär sehe sowohl die Stadt Ilmenau als auch das Land in der Pflicht. Bisher habe es der Insolvenzverwalter nicht geschafft neue Investoren anzusprechen. Auch die Erstellung eines Bebauungsplanes für die Fläche fehle bisher, so Hoppe.

Gespannt, so sagte Andreas Bühl als Mitglied im Wirtschaftsausschuss und im Stadtrat von Ilmenau, sei er auf die Ergebnisse der Studie. „Es ist schon jahrelang offensichtlich, dass etwas passieren muss. Bereits seit 2014 bekräftige ich dies immer wieder. Deshalb habe ich die gemeinsame Studie, von Stadt und Land getragen, unterstützt. Sobald Ergebnisse vorliegen, gilt es schnell an einer Umsetzung zu arbeiten. Diese wird auch nur mit dem Land gemeinsam gelingen können, denn sollte ein Abriss der alten Halle in Frage kommen, kann man von einem hohen Millionenbetrag für die Bereinigung rechnen. Dies kann die Stadt nicht allein stemmen. Dann allerdings wäre Ilmenaus Zufahrt wieder ansehnlich und es bestünden gute



Chancen neue Unternehmen für diesen Standort gewinnen zu können.“, so Bühl. Er werde das Thema im zweiten Quartal wieder aufrufen, sagte der Abgeordnete.



Linkskoalition verhindert CDU-Vorstoß für Thüringer Versammlungsgesetz

Im Schulterschluss mit der AfD-Fraktion hat Rot-Rot-Grün im Thüringer Landtag einen Entwurf der CDU-Fraktion für ein Thüringer Versammlungsgesetz abgelehnt, das unter anderem die Verhinderung von Rechtsrockkonzerten zum Ziel hat. „Die Linkskoalition hat die Chance vertan, gemeinsam mit der CDU-Fraktion nach Wegen zu suchen, der tiefbraunen Gelddruckmaschine den Strom abzustellen. Warum sie nicht wenigstens in den Ausschüssen darüber beraten wollte, hat sie leider auch in der Plenardebatte nicht deutlich machen können“, sagte dazu der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jörg Geibert. Zuvor hatten Linke, Grüne, SPD und AfD gegen die sonst in solchen Fällen übliche Ausschussüberweisung gestimmt.

Thüringer Integrationsgesetz von CDU-Fraktion eingebracht

In erster Lesung wurde der Entwurf der CDU-Fraktion zu einem Thüringer Integrationsgesetz beraten. Er definiert die Ziele und Voraussetzungen für eine Integration von bleibeberechtigten Ausländern im Sinne einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe. Er beschreibt, welche gegenseitigen Pflichten eingegangen werden und welche Konsequenzen bei Fehlverhalten drohen. Die Ausländerbehörden sollen so unterstützt werden, dass das Aufenthaltsrecht konsequent vollzogen wird und Nicht-Bleibeberechtigte in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Hierzu werden verbindliche Integrationsvereinbarungen als Wegweiser und Messlatte für jeden anerkannten Flüchtling vorgeschlagen. Sprache, Arbeit, gesellschaftliche Teilhabe und die Bereitschaft, sich auf die Regeln und Werte des freiheitlichen Staates, der pluralistischen Gesellschaft und der Alltagskultur einzulassen, sind aus Sicht der CDU-Fraktion die Schlüssel zu einer gelingenden Integration.



